



I M R A T H A U S

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
Medien

Dortmund

15.12.04

PRESSEMITTEILUNG

Flughafen

Das Defizit wächst und die Handlungsspielräume für den Flughafen werden immer enger. Die angenommene lineare Steigerung von Passagierzahlen verringert das Defizit nur unerheblich.

Bei unserer Fraktion, die bekanntlich zu den erklärten GegnerInnen des Flughafens gehört, löst diese Entwicklung zwiespältige Reaktionen aus: Zum einen sorgt die sinkende Zahl der angeflogenen Ziele für eine relative Stagnation im Bereich der Lärmemissionen. Diese sind immer noch beträchtlich, haben aber nicht in dem Umfang zugenommen, wie ursprünglich erwartet werden musste. Aus der Sicht der AnwohnerInnen wird dies sicher mit einer gewissen Erleichterung registriert.

Andererseits belastet das Defizit die Dortmunder Stadtwerke, die den Verlustausgleich vornehmen müssen. Letztlich zahlen die Kunden der Stadtwerke für ein Projekt, das aufgrund der Fehlinvestitionen zum Ausbau dauerhaft defizitär bleiben wird. Die ursprünglich als Hauptzielgruppe definierten Geschäftsreisenden kehren dem Flughafen seit Jahren mehr und mehr den Rücken zu. Aus diesem Grund ist es keine Genugtuung feststellen zu müssen, dass die GRÜNEN in allen ihren negativen Einschätzungen seit Beginn des Flughafenausbaus Recht gehabt haben. Es gibt auch wenig Grund, dem Geschäftsführer der Flughafen GmbH Versäumnisse vorzuwerfen. Seine Möglichkeiten, die Verluste des Flughafens zu reduzieren, sind gleich null. Im Gegenteil: Letztlich können verschlechterte Rahmenbedingungen und ein weiterhin ruinöser Preiswettbewerb zu einem kompletten Desaster führen.

Um dieses worst-case-szenarium zu verhindern und zumindest auf absehbare Zeit die Zahl von Arbeitsplätzen für Dortmund und die Region zu halten, werden wir uns auf Landes-, Bundes und Europäischer Ebene dafür einsetzen, dass die zunehmende Konkurrenz der Anbieter in Kombination mit der Reduzierung der Flughafenentgeltentgelte keine ruinösen Effekte für Regionalflughäfen hat. Wir sind der Meinung, dass die Gebühren kostendeckend erhoben werden müssen und es in diesem Zusammenhang keine Extrakonditionen geben darf. Es geht nicht an, dass die Gesellschaften die Flughafenleitungen in dieser Hinsicht unter



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Druck setzen können und Flughafenhopping betreiben. Dadurch wird der Aufbau eines insbesondere für Geschäftsreisende interessanten Angebotes unmöglich gemacht.

Völlig kontraproduktiv sind die Diskussionen um den Ausbau weiterer Regionalflughäfen wie Essen-Mülheim oder Münster-Osnabrück, wo es die Absicht gibt, einen Planfeststellungsbeschluss für die Verlängerung der Start- und Landebahn zu erreichen. Zum einen ist es nicht in unserem Interesse, weitere Lärmbelastungen für Menschen in anderen Regionen zu produzieren. Zum anderen würde sich die wirtschaftliche Situation der bereits bestehenden Regionalflughäfen weiter verschlechtern. Wir erwarten, dass die Landesregierung einer solchen Entwicklung den Riegel vorschiebt.

Unabhängig von der wirtschaftlichen Situation einzelner Flughäfen sind wir allerdings der Meinung, dass es dringend notwendig ist, eine Kerosinbesteuerung einzuführen. Es darf nicht länger ignoriert werden, dass Flugverkehr das Klima doppelt so schwer schädigt als bisher angenommen. Bei einer Aufhebung der Steuerbefreiung für Kerosin würde sich der kraftstoffbezogene Kostennachteil der Schiene gegenüber dem Luftverkehr verringern. Eine solche Kerosinbesteuerung würde alle Flughäfen und Fluggesellschaften gleichermaßen treffen.

Für Dortmund erwarten wir, dass alle worst-case und best-case-Fälle dargestellt werden, die bis zum Jahr 2009 eintreten können.

Der Vorschlag der Schutzgemeinschaft Fluglärm, den Airport zu schließen, ist nahe liegend. Eine sofortige Schließung des Flughafens würde erhebliche finanzielle Konsequenzen für die Dortmunder Stadtwerke haben. Der Abschreibungsbedarf wäre sofort vorzunehmen. Die laufenden Kredite müssten von den DSW direkt bedient werden (erfolgt zur Zeit über Verlustausgleich, insofern z.Zt. kostenneutral). Hinzuzurechnen sind die Gelder zur Bedienung der Rückzahlungsansprüche des Landes in Höhe der bisher gewährten Fördermittel, die Kosten der vorzunehmenden betriebsbedingten Kündigungen sowie die Regressansprüche der vor Ort tätigen Unternehmungen.

Bäderkonzept

Trotz aller Unkenrufe der CDU ist das Bäderkonzept unseres Erachtens nach wie vor auf einem guten Weg. Es bleibt abzuwarten, wie die Verhandlungen mit Laco ausgehen. Falls kein Vertrag zustande kommt, so ist es nach wie vor unser vorrangiges Ziel, alle Bäder zu erhalten. Wir gehen davon aus, dass dies einschließlich der notwendigen Sanierungsmaßnahmen in jeder Trägerschaft – also auch in städtischer – realisiert werden kann. Bisher sind die Sparziele erreicht worden, so dass bei der Realisierung weiteren Sparpotenzials und einer guten Kooperation mit den Vereinen eine Reserve für die notwendigen Sanierungsmaßnahmen erwirtschaftet werden könnte. Die Änderung der Öffnungszeiten hat sich positiv auf die Besucherzahlen ausgewirkt, so dass unsere ursprüngliche These untermauert wird, dass ein Zuwachs an Badegästen durch ein verbessertes Angebot erreicht werden kann.

In diesem Zusammenhang werden wir in absehbarer Zeit anregen, dass für alle Hallenbäder ein gemeinsames Marketingkonzept erarbeitet wird. Dazu gehört unter anderem, dass die



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Öffnungszeiten für das allgemeine Schwimmen an und in allen Bädern bekannt gemacht und aktiv Werbung für das Schwimmen und die vorhandene Bäderlandschaft geworben wird. Zusätzliche Angebote wie Sauna- und Wellnessbereiche müssen ebenfalls bekannt gemacht werden. Ein solches Marketingkonzept sollte in Zusammenarbeit mit dem Gesundheits- und Jugendamt, den Vereinen sowie in Kooperation mit weiteren PartnerInnen (z.B. Krankenkassen) erarbeitet werden. Der gesundheitsfördernde Aspekt des Schwimmens muss ein wesentlicher Baustein des Konzeptes sein.